

Washington News

Nr. 43 vom 13. Dezember 2018

- Diese Woche in Washington
- SPOTLIGHT STEUERN: Republikaner schlagen aktualisierten Gesetzentwurf vor
- GLOBAL: Anhörung zu Verhandlungen USA-Japan
- ENERGIE: US-Widerstand gegen Nord Stream 2
- DIGITAL: Google weist Vorwurf der politischen Voreingenommenheit zurück
- US-Energieversorger investieren in Smart Grids
- EPA schlägt neue Definition für Waters of the United States vor
- Op-Ed zur US-Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit
- SPOTLIGHT USMCA

Diese Woche in Washington

Am 14. Dezember wird der US-Handelsbeauftragte eine ganztägige Anhörung zu den Handelsgesprächen zwischen der EU und den USA veranstalten. Stakeholder wie u.a. Industrie- und Gewerkschaftsvertreter werden ihre Erwartungen an die Verhandlungen darlegen, die im Juli bei einem Treffen von US-Präsident Donald Trump und dem Präsidenten der Europäischen Kommission Jean-Claude Juncker beschlossen wurden. Auf schriftlichem Wege sind bereits über 150 [Kommentare](#) eingereicht worden. Der Haushalt 2019 beschäftigte den Kongress und das Weiße Haus weiter. Noch ist unklar, ob ein *government shutdown* nach dem Auslaufen der aktuellen Zwischenfinanzierung am 21. Dezember vermieden werden kann. Bei einem Gespräch zwischen den demokratischen Minderheitenführern aus dem Senat und dem Repräsentantenhaus, Chuck Schumer (D-NY) und Nancy Pelosi (D-CA), und dem US-Präsidenten zeigte sich Trump entschlossen, den Haushalt abzulehnen und die Regierung zu schließen, wenn der Haushalt keine Finanzierung für eine Grenzmauer zu Mexiko beinhaltet.

Am 11. Dezember bestätigte der US-Senat die Nominierung des stellvertretenden Finanzministers Justin Muzinich. Die Stelle war seit Beginn der Trump-Administration vakant. Muzinich war seit Anfang 2017 Berater von Finanzminister Steve Mnuchin gewesen.

Am 13. Dezember stellte der Sicherheitsberater im Weißen Haus, John Bolton, im Rahmen einer Veranstaltung der Washingtoner Denkfabrik *Heritage Foundation* die neue Afrika-Strategie der US-Administration vor. Unter dem Titel „Prosper Africa“ wolle die US-Administration ihre afrikanischen Partner gezielter aussuchen und den aggressiven Investitionsstrategien Chinas und Russlands auf dem Kontinent entgegenwirken, so Bolton. (fl)

Kurzmeldungen

EPA schlägt neue Definition für Waters of the United States vor

Am 11.12. haben die US-Umweltbehörde (EPA) und das dem US-Verteidigungsministerium zugehörige *Department of the Army* eine [neue Definition](#) des Begriffs „Waters of the United States“ vorgeschlagen. Der Begriff beschreibt Wasserwege, die unter dem *Clean Waters Act* geschützt werden. Kleinere Wasserwege würden nach der neuen Definition nicht mehr geschützt und könnten somit kommerziell erschlossen werden. Stakeholder können innerhalb einer Frist von 60 Tagen Kommentare zu dem Vorschlag einreichen. (fl)

SPOTLIGHT STEUERN: Republikaner schlagen aktualisierten Gesetzentwurf vor

Seit der Veröffentlichung eines umfassenden Steuergesetzentwurfs vor zwei Wochen hatte der Vorsitzende des *Ways and Means*-Ausschusses im Repräsentantenhaus, Kevin Brady (R-TX), Feedback von den Republikanern erhalten. Diese Woche hat Brady eine 253-seitige überarbeitete Version vorgelegt. [Der aktualisierte Gesetzentwurf](#) würde viele Vorschriften der vorherigen Version behalten, beispielsweise technische Korrekturen an der jüngsten Steuerreform, eine Umgestaltung der US-Steuerbehörde (IRS) und Änderungen an Altersvorsorgeplänen. Jedoch wurden einige Vorschriften wie neue Steuervergünstigungen für Start-Up-Unternehmen und die Erneuerung bestimmter auslaufender Steuervorschriften („*extenders*“) gestrichen. Stattdessen würden diese Vorschriften durch andere, im Kongress umstrittene Vorschläge ersetzt. Zum Beispiel würde die Umsetzung einiger gesundheitsbezogener Steuervorschriften aus dem *Affordable Care Act* („Obamacare“) verzögert. Brady zufolge sollte der neue Gesetzentwurf vor Ende dieses Jahres im Repräsentantenhaus verabschiedet werden. Jedoch könnte der Gesetzentwurf auf Widerstand im Senat stoßen. Laut des führenden Demokraten im Finanzausschuss des Senats, Ron Wyden (D-OR), signalisiere der republikanische Plan eindeutig, dass die Republikaner die Verhandlungen mit den Demokraten nicht ernst nähmen. (ch)

GLOBAL: Anhörung zu Verhandlungen USA-Japan

Am 10. Dezember hielt der US-Handelsbeauftragte eine ganztägige öffentliche Anhörung zu den Verhandlungszielen für US-Verhandlungen mit Japan ab. [44 Vertreter](#) von Industrieverbänden, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften legten ihre Ziele und Erwartungen dar. Wirtschaftsverbände und Vertreter der Agrarwirtschaft unterstrichen, dass ein Abkommen mit Japan für die amerikanische Wirtschaft notwendig sei, da sie sonst Wettbewerbsnachteile hätten, wenn Anfang 2019 das Transpazifische Partnerschaftsabkommen CPTPP und das EU-Japan-Abkommen in Kraft treten. Die [US Chamber of Commerce](#) stellte den Anspruch, das Abkommen müsse einen neuen „gold standard“ für zukünftige US-Freihandelsabkommen definieren und wies auf Elemente im neuen US-Mexiko-Kanada-Abkommen (USMCA) hin, die als Vorlage taugten oder die hinter den Erwartungen ihrer Mitglieder zurückblieben.

Der *American Automotive Policy Council* setzte sich dafür ein, dass die USA ihre Autozölle nur sehr langfristig und abhängig von einer weiteren Marktöffnung Japans abbauen sollten. Die Gewerkschaft *United Autoworkers* schlug eine flexible Quote vor, nach der japanische Autobauer nur so viele Fahrzeuge in die USA verkaufen könnten wie US-Unternehmen Autos nach Japan verkaufen. Der Gewerkschaftsverband AFL-CIO zeigte sich skeptisch gegenüber einem Abkommen – man sei sich nicht sicher, dass dies der richtige Weg sei, um das US-

Op-Ed zur US-Strategie zur wirtschaftlichen Sicherheit

Peter Navarro, Direktor für Handels- und Industriepolitik im Weißen Haus, hat am 10.12. [einen Meinungsbeitrag](#) veröffentlicht, in dem er das neue Ordnungsprinzip der Trump-Administration „wirtschaftliche Sicherheit ist nationale Sicherheit“ lobt und seine Umsetzung in der weiteren US-Wirtschaftspolitik darlegt. Wirtschaftlicher Wohlstand sei Voraussetzung für notwendige Innovationen und Ressourcen, um weiter die führende Militärmacht der Welt zu bleiben. Für ihn seien nicht nur die US-Zollmaßnahmen auf Basis der Sections 232 und 301 Teil dieser Strategie, sondern auch die US-Steuerreform, die Deregulierungsagenda, die Energiepolitik und weitere handelspolitische Maßnahmen. (kw)

SPOTLIGHT USMCA

Der *US Chamber of Commerce* hat am 10.12. [Unterstützung für das neu unterzeichnete Handelsabkommen USMCA](#) angekündigt. Sie werde eng mit der US-Administration, dem Kongress und Stakeholdern zusammenarbeiten, um ungeklärte Aspekte anzusprechen und die Verabschiedung durch den Kongress zu

Handelsbilanzdefizit mit Japan zu verringern. (fl)

ENERGIE: US-Widerstand gegen Nord Stream 2

Am Dienstag verabschiedete das Repräsentantenhaus eine Resolution [gegen die Nord Stream 2-Pipeline](#) sowie eine Resolution [gegen das Vorgehen Russlands](#) im derzeitigen Konflikt mit der Ukraine im Asowschen Meer. Beide Resolutionen sind symbolische Maßnahmen, die keine Gesetzeskraft tragen. Laut der Abgeordneten würde Nord Stream 2 sowohl die Energiesicherheit Europas als auch die Interessen der USA gefährden. Sie fordern Europa auf, das Pipeline-Projekt abzulehnen. Ferner befürworten sie die Verhängung von Sanktionen gemäß Sektion 232 des CAATSA-Gesetzes. Die Debatte im Plenum des Repräsentantenhauses war von scharfer Rhetorik geprägt. Ted Poe (R-TX) bezeichnete Nord Stream 2 als „Energie-Erpressung“. Mike Conaway (R-TX) wies das Argument zurück, dass Nord Stream 2 ein kommerzielles Projekt ohne geopolitische Auswirkungen sei. Er warnte, dass Nord Stream 2 eine Gefahr für den Frieden sei.

In einem [Briefing](#) zu den Themen Energiesicherheit Europas und Nord Stream 2 betonte Francis Fannon, *Assistant Secretary* für Energieressourcen im US-Außenministerium, dass Europa seine Energiequellen, Lieferländer und Transportwege diversifizieren sollte. Er wiederholte die Opposition der Trump-Administration gegen Nord Stream 2 und unterstrich, dass sie alle möglichen Optionen – wie z.B. Sanktionen auf die beteiligten Unternehmen – weiterhin überprüften. (ch)

sichern. Jedoch müssten die US-Zölle auf Stahl und Aluminiumimporte, die Kanada und Mexiko betreffen, sofort abgeschafft werden. Weiterhin bewertete die *Chamber* die Drohung des US-Präsidenten, NAFTA aufzukündigen, als gefährliche Strategie und forderte die Regierung auf, diese Drohung zurückzunehmen. (kw)



DIGITAL: Google weist Vorwurf der politischen Voreingenommenheit zurück

In einer Anhörung vor dem Justizausschuss im Repräsentantenhaus hat sich der Hauptgeschäftsführer von Google, Sundar Pichai, gegen den Vorwurf gewehrt, die Suchmaschine produziere voreingenommene Ergebnisse. Der Abgeordnete Lamar Smith (R-TX) zitierte eine Studie, wonach 96 Prozent aller Suchergebnisse zu „Donald Trump“ von liberalen Medien stammten. Der Verdacht bestehe, dass Algorithmen dementsprechend programmiert sein müssten, so Smith. Ergebnisse konservativer Medien würden unterschlagen. Das Unternehmen solle daher eine unabhängige Kontrolle durch Dritte zulassen, um den Verdacht der politischen Voreingenommenheit auszuräumen. Pichai unterstrich, dass Google dies bereits getan habe. Die von Smith zitierte Studie müsse als problematisch bezüglich ihrer Quellen eingestuft werden. Studien könnten jedes gewollte Ergebnis hervorbringen, sowohl auf linker als auch auf rechter Seite des politischen Spektrums, so Pichai. Seitens der Demokraten äußerte David Cicilline (D-RI) starke Bedenken, dass Google seine Marktmacht ausnutze, um den Wettbewerb zu verzerren. Konkurrenten und ihre Produkte hätten oftmals keine Chance gegen das Unternehmen. Pichai antwortete, Googles Geschäftsmodell basiere auf Kundenorientierung, nicht aber auf der Verdrängung von Mitbewerbern. (cs)

US-Energieversorger investieren in Smart Grids

Marktinformation von Germany Trade and Invest (GTAI)

Die Entwicklung von Smart Grids schreitet in den USA voran. Neben bereits erprobten Formen werden in den USA innovative Modelle entwickelt, getestet und angewendet. Laut Bloomberg geben die Unternehmen zur Stromversorgung, -übertragung und -verteilung zusätzliche 10,6 Milliarden US-Dollar (US\$) pro Jahr für IT-, Mess-, Steuer- und Kontrolltechnik sowie für Planungsleistungen zur Einrichtung von Smart Grids aus. Damit halten die USA in dieser Ausgabenkategorie ein Viertel vom Weltmarkt, dicht gefolgt von China. Den vollständigen Beitrag können Sie [hier](#) kostenfrei herunterladen. (gtai)



Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Informationen des Representative of German Industry and Trade (RGIT) in Washington, DC

Kontakt:

Tel: (001) 202-659-4777

Fax: (001) 202-659-4779

<http://www.rgit-usa.com>

publications@rgit-usa.com

Redaktion:

Freya Lemcke

Die Washington News
erscheinen wöchentlich
und berichten über aktuelle
wirtschafts- und handelspolitische Entwicklungen in den USA

Delegierter der Deutschen Wirtschaft:

Daniel Andrich

Weitergabe nur mit ausdrücklicher Genehmigung

DISCLAIMER

This material is distributed by the Representative of German Industry and Trade (RGIT) on behalf of the Federation of German Industries (BDI) and the Association of German Chambers of Commerce and Industry (DIHK). Additional information is available at the Department of Justice, Washington, DC.

For German trade and investment visit
www.germanbusinessmatters.com

